

Pressemitteilung

Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität

Politik kam beim Neujahrskaffee der Lorsch SPD nicht zu kurz

„Die SPD wird in diesem Jahr 150 Jahre alt. Wir dürfen stolz sein als Mitglieder in einer Partei, deren Werte sich nicht geändert haben. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind Grundwerte der Sozialdemokraten“. Mit diesen Worten leitete der Bergsträßer SPD Landtagsabgeordnete Norbert Schmitt den politischen Teil beim Neujahrskaffee der Lorsch SPD ein. „Wir haben in 150 Jahren nicht immer alles richtig gemacht, haben unsere Werte aber nicht vernachlässigt“, schob er hinterher. In den vergangenen Jahrzehnten habe sich viel verändert. Die SPD habe aber immer für die Freiheit gekämpft.

Das habe sie sich auch jetzt auf die Fahnen geschrieben, wo die schwarz-gelbe Regierung ein Gesetz machen wolle zur Videoüberwachung in Betrieben die sich gegen Arbeitnehmer richtet. Das gehe nicht mit der SPD. Auch Gerechtigkeit werde gefordert. Es gehe nicht, dass arm und reich immer weiter auseinanderdriften, dass Reiche in der Krisenzeit um vier Billionen Euro reicher geworden sind. Ehrlich Steuern zahlen habe auch etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Ganz Reiche sollten mehr Steuern bezahlen. Der Spitzensteuersatz, der unter Adenauer und Kohl höher gewesen sei als heute, müsse angehoben werden. Wichtig seien auch eine für alle Kinder gleiche Ausbildung und ein Studium ohne Gebühren. Zur Solidarität gehört für Schmitt eine Rentenversicherung, die den Menschen im Alter ein menschenwürdiges Leben ermögliche, wenn sie ein Leben lang gearbeitet hätten. Arbeit zu Hungerlöhnen gehe nicht mit der SPD. Auch eine bezahlbare Arbeitslosenversicherung und eine Krankenversicherung mit einem stabilen Gesundheitssystem müssten machbar sein. Man werde sich im Wahljahr nicht durch fragwürdige Umfrageergebnisse verunsichern lassen. Die drei Grundwerte der SPD fänden bei der Bevölkerung einen hohen Anklang.

In die Niederungen der Lorsch Kommunalpolitik begab sich Fraktionsvorsitzender Frank Schierk. Als positiv bewertete er die von der SPD angesprochene einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung. Politisch sei das eine oder andere durchsetzbar, da es keinen starren Fraktionszwang gebe, sondern wechselnde Mehrheiten. Deshalb bleibe auch die Renovierung des Olympiageländes auf der politischen Agenda. Es könne nicht angehen, dass die SPD Entscheidungen des Bürgermeisters aus der Presse erfahre.

../2



- 2 -

Ungeklärt sei noch die Frage der Belegung der Kinderkrippe. Die wohl von den Eltern wegen der hohen Gebühren nicht angenommen werde. Hier habe die Stadt an den Kosten vorbeigeplant. Die SPD zeige sich auch im Wahljahr offen für eine ehrliche Zusammenarbeit mit allen Fraktionen. Dazu gehörten auch soziale Themen wie etwa Verbesserungen zur Integration von Menschen mit einer Behinderung.

